



Sudetendeutsche

Zeitung

Die Zeitung der Sudetendeutschen
Landsmannschaft

Jahrgang 61 | Folge 5 | 2,00 EUR · 60 CZK | München, 30. Januar 2009

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH · Hochstraße 8 · D-81669 München · zeitung@sudeten.de **B 6543**

DIESE WOCHE

Kongreß in Südtirol

Die Landesregierung plant eine Veranstaltung zum Thema „Umsiedlung und Vertreibung 1939–1955“.

Seite 2

„Vertreibung stoppen!

... Kinder brauchen ein Zuhause“ heißt die diesjährige Kampagne des Kinderhilfswerk terre des hommes.

Seite 5

KURSE

1 CZK = 0,03618 EUR
1 EUR = 27,8950 CZK
PX 50 = 769,20 (-29,70)

Luditz

Zwei unvergessene böhmische Geiger erhielten zweisprachige Gedenktafeln.

Seite 7

Traumabewältigung

... der Vertriebenen: Ausöhnung mit der Vergangenheit? Von einem Seminar in Haindorf.

Seite 8

Bernd Posselt

Dank und Appell

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Europaabgeordnete Bernd Posselt hat in einer Erklärung allen Landsleuten in aller Welt, den sudetendeutschen Vereinigungen und insbesondere der Landesgruppe sowie den Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Freistaat Bayern herzlich für ihre massive Unterstützung im Vorfeld der Aufstellung der CSU-Europaliste gedankt. Dieser Rückhalt zeige wieder einmal die Stärke und Geschlossenheit der Volksgruppe und ihre erfolgreiche politische Verankerung im Schirmland Bayern. Er appellierte an die Landsleute, am 7. Juni unbedingt zur Europawahl zu gehen oder wegen der Pfingstferien schon vorher Briefwahl zu machen. Dies sei notwendig, damit das Schirmland Bayern und die Volksgruppe auch künftig wieder in der Straßburger Volksvertretung für die Anliegen und Interessen der Landsleute arbeiten könnten.

Wir laden Sie herzlich ein

Augsburg 30. und 31. Mai
60. Sudetendeutscher Tag
Der Geschichte verpflichtet
die Zukunft gestalten



www.sudeten.de

Fakten zur Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV)

Eigentor? Nein – Rote Karte!

Mit Recht haben 2008 sowohl der Bund der Vertriebenen als auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf Bundesebene beschlossen, nicht Mitglied der in Triest gegründeten Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) zu werden. Das wurde damals von einigen Landesgruppen kritisiert, die beitraten, wie auch von der SLÖ. Die „Sudetepost“ sprach damals sogar von einem „Eigentor des BdV“ unter Erika Steinbach. Die seitherige Entwicklung der EUFV zeigt, daß Steinbach und die Mehrheit im BdV sowie der Bundesvorstand der SL eine richtige Entscheidung getroffen haben.

Wenn Landsmann Manfred Maurer damals in seinem Leitartikel für die „Sudetepost“ in der Entscheidung des BdV ein Eigentor sah, dann kennt er nicht die Spielregeln beziehungsweise die Hintergründe. Gleiches gilt für manche Kritiker der Entscheidung des Bundesvorstandes in den Landesgruppen. Gerade auch politisch ist es von Belang, ob man eine solche Organisation auf europäischer Ebene mit intensiver Vorbereitung und Sachkenntnis aufbaut oder nicht.

Um beim von Landsmann Maurer gewählten Bild aus der Fußballszene zu bleiben: Schon bei den Vorbereitungen des ersten EUFV-Kongresses in Triest (an dem ich leider krankheits halber nicht teilnehmen konnte) hätte man den Organisatoren die

Gelbe Karte zeigen und sie so zu besserem und fairem Spiel veranlassen müssen. In der Zwischenzeit haben sie und manche Mitspieler wegen Unkenntnis der Spielregeln und wegen wiederholten Foulspiels die Rote Karte verdient.

Das Dilemma begann mit der ungeprüften Aufnahme einzelner Organisationen, ohne daß deren demokratische Legitimation hinterfragt worden war. Deshalb haben auch wichtige Dachverbände von Vertriebenen ge-



EUFV-Präsident Dr. Massimiliano Lacota, Kritiker Professor Dr. Rudolf Grulich.

nauso gehandelt wie der BdV: der Weltverband der Donauschwaben und die Dachverbände der Ungarn, Karelrier und Armenier.

Warum machen die 1939 vertriebenen Südtiroler nicht mit? Weil sie wissen, daß sie Optanten waren wie viele Italiener aus Istrien. Ich weiß, daß viele Italiener von den Tito-Kommunisten vertrieben wurden, aber die meisten Italiener konnten bis 1947 optieren. Wer konnte das von uns Sudetendeutschen?

Geradezu kabarettreife ist, daß sich das Präsidium der EUFV von den Griechen nach Südzypern einladen ließ und meldete, die dortige Regierung wolle den nächsten EUFV-Kongreß ausrichten und habe dazu nach Nikosia eingeladen. Weiß man nicht, wer seit 1963 die 1960 auf der Grundlage eines Modells wie dem Mährischen Ausgleich gegründete Republik Zypern systematisch zerstört hat? Hat man verdrängt, daß die Griechen 2004 den Plan des UNO-Generalsekretärs zur Wiedervereinigung der Insel ablehnten? Warum fährt das Präsidium der EUFV mit manchen sudetendeutschen Landsleuten nicht gleich nach Prag zum Verband der 1938 von den Deutschen vermeintlich vertriebenen Tschechen und läßt sich den nächsten Kongreß in Prag ausrichten?

In der Weihnachtsausgabe der „Sudetepost“ fordert Landsmann Roland Schnürch: „Der SL-Bundesverband muß unverzüglich der SLÖ mit einem Beitritt zur Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen folgen.“ Er fordert dies unter der Überschrift „Die Zukunft der Sudetendeutschen“. Wir wissen alle, daß wir die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht meistern können ohne Kenntnis der Vergangenheit, ohne Wissen um die Geschichte. Und da hat der Vorsitzende der EUFV Vorstellungen, die jeden Altösterreicher und damit auch uns Sude-

Bitte umblättern



Bernd Posselt und Karel Schwarzenberg in Straßburg

Kochbuchdiplomatie

Bei seinem Amtsantritt als EU-Ratspräsident wurde der tschechische Außenminister Karel Fürst Schwarzenberg im Europaparlament vom Europaabgeordneten Bernd Posselt, dem Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, mit einem sehr böhmischen Mitbringsel aus München willkommen geheißt: Posselt, der den Fürsten bereits von zahlreichen anderen Gelegenheiten kennt, überreichte ihm auf Bitten des Autors das Kochbuch „Die neue Böhmisches Küche und Weine aus Böhmen und Mähren“ (→ SdZ 10/2006, ISBN 9783850025454). Verfaßt hat es Erhard Spacek, Meisterkoch aus Teplitz-Schönau und Wirt des böhmischen Spezialitätenrestaurants „Sankt Wenzel“ in der Münchener Amalienstraße, das Sudetendeutsche und Tschechen gleichermaßen schätzen. Der aus Eger stammende Großverleger Herbert Fleissner (LangenMüller Herbig, München/Wien) hat es 2005 in sei-

nem Amalthea-Verlag herausgebracht.

Schwarzenberg, der sich in seinen Wiener Exil-Jahrzehnten wegen seines entsprechenden geschäftlichen Engagements stets als Gast- und Landwirt bezeichnet hatte, nahm das Geschenk mit Dank entgegen und erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, daß er als Student in München wenige Meter von der Amalienstraße entfernt gewohnt habe. Der nunmehr 70-jährige Fürst hatte in den letzten Wochen aufgrund seiner großen europapolitischen Erfahrung einen guten Start als EU-Ratspräsident und zeichnete sich in der Vergangenheit wiederholt durch mutige Aussagen zur Geschichte und Vertreibung der Sudetendeutschen aus, zuletzt bei seiner Rede in Aussig, wo er ohne Umschweife erwähnte, daß es neben Lidice auch Ereignisse wie jene in Postelberg gegeben habe, denen zahlreiche Sudetendeutsche zum Opfer gefallen seien.

Bislang auch keine Wiedergutmachung für geraubtes Kirchengut

Unverzinst und ungetilgte Schuld

Im Zusammenhang mit dem tschechischen EU-Vorsitz wird derzeit die Aufmerksamkeit allem voran der Außenpolitik gewidmet. Die innenpolitische Frage der Rückgabe des vom kommunistischen Regime beschlagnahmten kirchlichen Eigentums geriet in den Hintergrund. Dies kommt den Kommunisten, ihren Mitstreitern und Sympathisanten zupass.

Nachdem der Entwurf der Regierung Topolánek für eine solide Lösung dieser Frage, den auch die Kirchen akzeptierten, in der Abgeordnetenkammer des Prager Parlaments gescheitert war, wurde eine Parlamentskommission gegründet, in der auch die Gegner einer positiven Lösung dieser Frage vertreten sind.

Das für die Kirchen zuständige Kultusministerium hatte den Wert des den Kirchen vom kommunistischen Regime entzogenen Eigentums ursprünglich auf 83 Milliarden Kronen geschätzt. Dieser Betrag sollte den Kirchen in Raten binnen 60 Jahren er-

stattet werden. Zuzüglich Zinsen würde es sich um 270 Milliarden Kronen handeln. Diese Summe schienen den Kommunisten, aber auch einigen ODS-Abgeordneten mit dem Ex-Kommunisten Vlastimil Tlustý an der Spitze allzu viel, und sie riefen besagte Parlamentskommission ins Leben. Nun beschloß jene Kommission, „eine neue und genauere Bewertung“ der zu erstattenden Güter vorzunehmen. Damit wurde das international bekannte Rechnungsprüfungs-Unternehmen Ernst & Young beauftragt. Dieses soll nun im Einvernehmen mit dem Kultusministerium von jedem Eigentums-Typus Musterproben zur Bewertung auswählen, um durch eine Schätzung den Endbetrag zu beziffern.

Der Sekretär des Prager Kultusministers, Jan Růžička, berichtete in einem Leserbrief an die Prager Wirtschaftszeitung „Hospodářské noviny“, daß die Parlamentskommission vom Kul-

tusministerium habe wissen wollen, wie die „Bilanz“ zwischen Staat und Kirchen in den Jahren 1948 bis 2008 gewesen sei, wieviel also das kommunistische Regime den Kirchen weggenommen und wieviel ihnen gegeben habe. Den Berechnungen der Fakultät für Volkswirtschaft der Prager Wirt-



Kathedrale Sankt Veit in Prag.

schaftsuniversität zufolge wurde der Nettoertrag aus Gebäuden und Grundstücken, den die Kirchen nicht realisieren konnten, nach den Werten von 2007 auf 141 Milliarden Kronen geschätzt. Hinzuzurechnen sei der entgangene Gewinn aus solchem

Kirchengut, das der Staat rein rechtlich den Kirchen nicht weggenommen hat, über das so wie über dessen Erträge er jedoch verfügen können. Dieses wurde mit 87 Milliarden Kronen beziffert – so daß 228 Milliarden Kronen zusammenkommen. Von diesem Betrag sind die Ausgaben des Staates für die Kirchen während des Beobachtungszeitraums, die rund 60 Milliarden Kronen betragen, abzuziehen. Die Differenz von 168 Milliarden Kronen stellt die negative Bilanz des Staates gegenüber den Kirchen in der Zeit von 1948 bis 2008 dar.

Dabei handelt es sich im Prinzip um eine unverzinst und ungetilgte Schuld. Vergleiche man diesen Betrag mit den ursprünglich vorgeschlagenen 83 Milliarden Kronen, die der Staat schrittweise an die Kirchen auszahlen sollte, habe es sich dabei um ein großzügiges Zugeständnis seitens der Kirchen und für den Staat um eine sehr günstige Ab-

machung gehandelt, betonte der Ministerialbeamte Růžička. Er wies auch darauf hin, daß der Zustand des nicht herausgegebenen kirchlichen Eigentums ein wirtschaftliches Problem darstelle. Es ist nach der geltenden Rechtslage blockiert, darf nicht vollwertig genutzt werden, und seine derzeitigen Besitzer haben kein Interesse, darin zu investieren. Demzufolge liegt ein Großteil davon in Trümmern.

Der Staat zahlt die Gehälter der Priester, was ihn jährlich rund 1,3 Milliarden kostet. Daß diese Zahl in den kommenden Jahren wachsen könnte, ist eine Tatsache, die die Gegner des Ausgleichs mit den Kirchen zur Kenntnis nehmen sollten.

Zum Schluß seines Beitrags appelliert Růžička an die Abgeordneten, nicht nach Pseudoproblemen zu suchen und die fragile Enteignung, die nicht nur einen der größten Diebstähle der modernen Geschichte darstelle, sondern auch ernstzunehmende schädliche ökonomische Auswirkungen habe, wiedergutzumachen.

Milan Kubes